DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

April 2022

Helfen statt reden - DIE LINKE. bürgernah, sozial und Frieden!

Der Haushaltsplan 2022/23 wurde beschlossen

Durch die Globalsummenzuweisung vom Senat wurde dem Bezirk ein Sparhaushalt vorgegeben. Das bedeutet, dass über 6,5 Mio. an pauschalen Minderausgaben (PMA) im Haushalt verteilt, aufgelöst werden müssen. Gemessen an den Bedarfen, die eine gute Kommunalpolitik ausmachen sind Kürzungen, insbesondere im Bereich Soziales, Kultur, im Bereich der Volkshochschulen und zum Teil im Bereich Jugend vorgesehen, was die Handlungsspielräume einschränkt. Beim Personal wird sich auch in Zukunft nur geringfügig etwas ändern, trotz der Werbekampagnen und der Maßnahmen zur Gewinnung und Haltung des Personals, denn Personal soll auch über die PMA aufgelöst werden.
DIE LINKE hat den Haushaltsplan nicht abgelehnt, aber sich enthalten. Denn zu verschiedenen Vorhaben, wie Investitionen, Konzepten zu Maßnahmen, Standortsuche für die Gertrud-Kolmar-Bibliothek u.a., die gut und erforderlich sind, haben wir im Hauptausschuss zugestimmt.
Die Einrichtung einer Stelle für „Gute Arbeit“, für die Zurückdrängung prekärer Beschäftigung und Einhaltung der Tariftreue, Mittel für verkehrsberuhigende Maßnahmen, Spielplatzausstattung oder Verbesserung der Fahrradinfrastruktur, Angebot für „Mitternachtssport“, oder Förderung von Mädchensport gehören zu Planungen, die sinnvoll sind.
Geblieben wie bisher ist auch die Mieterberatung.
Dagegen finden wir einige Maßnahmen nicht unterstützenswert, wo man an anderer Stelle mehr investieren müsste, wie beispielsweise bei dem Punkt: Unterhaltung der Grünanlagen, denn diese Maßnahme soll zweckgebunden u.a. für ein Modellprojekt Pfandringe in der Grünanlage Lassenpark verwendet werden. Andere Grünanlagen lassen zu wünschen übrig, wie beispielsweise die Grünanlage zwischen Ullsteinstraße, Mariendorfer Damm und Markgrafenstraße, die in Fam.-Lewissohn-Park benannt werden soll, und die entsprechend aufgewertet werden müsste. Fraglich ist auch die Aufstellung und Ausstattung einer Sportbox auf dem Grazer Platz. Wenn genug Finanzmittel da sind, kann man das gerne machen. Genauso ist dies der Fall bei Dialogdisplays. Auch diese finden wir sinnvoll, dennoch gibt es wichtigere Vorhaben, die für die Bürgerinnen und Bürger positiv wären. Zur Planung zum Haus der Jugend, was vom Bezirk schon lange gewünscht ist, ist in der Investitionsplanung nichts zu finden. Aber was uns besonders missfällt, ist, dass bei der Schulreinigung nicht konsequent gehandelt wird. Entweder man will etwas, oder man verhindert etwas bewusst durch Nichtbefassung. DIE LINKE wollte, dass mit der zweckgebundenen Mehrzuweisung des Senats, das Bezirksamt aufgefordert wird, eine Neuausschreibung für kommunales Personal für die Reinigungsdienste an den Schulen in die Wege geleitet wird, und Gespräche (gemäß Pkt. Schulreinigung lt. ZGV) mit den zuständigen Stellen des Senats geführt werden, um mindestens 25% der Schulen im Bezirk in 2023 bei der Schulreinigung in kommunale Trägerschaft zu erreichen. Mit der hierzu im Doppelhaushalt 2022/23 erforderlichen Anzahl von Stellen und Sachmittelausgaben. Dazu gibt es auch den Beschluss des Einwohner-Antrags.

Fortsetzung auf S. 2

Der Haushaltsplan 2022/23 wurde beschlossen *Fortsetzung von Seite 1*

Außerdem hat die Koalition auf Landesebene im Koalitionsvertrag die Rekommunalisierung der Schulreinigung ab dem Jahr 2023 beschlossen. Dann konnte sich die Zählgemeinschaft nicht einmal dazu durchringen 5000 Euro jährlich für eine ehrenamtlich geführte Ombudsstelle für das Jobcenter aufzubringen, für das nötige Equipment und eine Ehrenamtspauschale. Denn diese würde gebraucht, um Beschwerden aufzuklären und mögliche Prozesse abzuwenden. Wichtig wäre auch gewesen, Vorsorge bzgl. Leerstand in Wohngebäuden und treuhänderische Bewirtschaftung zu treffen, so, dass das Bezirksamt die Möglichkeit hat selbst ein Gutachten erstellen zu lassen, wie bei dem Gebäude Odenwaldstraße 1.
Für die Anwohner:innen ist es unverständlich, warum das Bezirksamt nicht alle Möglichkeiten ausschöpft, damit das seit vielen Jahren leer stehende Gebäude wieder eine Nutzung erhält. Zu unserer Vorlage zur Beschlussempfehlung bei der Mittelverstärkung zu Ersatzvornahmen wurde ebenfalls blockiert. Offensichtlich will das Bezirksamt hier weniger aktiv werden.
Insgesamt ist der künftige Haushalt ein Spar-Haushalt, bei dem jedoch noch andere Akzente hätten gesetzt werden können.

Elisabeth Wissel

BVV am 16. Februar 2022

Weitere Verzögerung für die Nutzung der Räume für Drugstore und Potse

Nach nun mehr über drei Jahren kann die selbstverwaltete Jugendeinrichtung Drugstore seine Räume in der Potsdamer Straße 132 immer noch nicht nutzen. In einer Mündlichen Anfrage von DIE LINKE wurde gefragt, welche Erklärung das Bezirksamt dafür habe, die zu den Verzögerungen beitrugen und zum Teil immer noch bestehen. Stadträtin Schöttler (SPD) zählte eine Reihe von Gründen auf: zögerliche Schadstoffsanierung durch den Vermieter (Gewobag), Verzögerungen bei dem Vergabeverfahren durch den externen Planer und der Bearbeitungsumfang habe sich durch marode Installationen erheblich erhöht. Ein neues Datum für den Einzug soll jetzt im 3. Quartal dieses Jahres erfolgen. Nicht anders sieht es für die selbstverwaltete Jugendeinrichtung Potse in der Alten Zollgarage aus. Zwar können die Jugendlichen die Räume eingeschränkt nutzen, jedoch gibt es für laute Nutzungen (Konzerte) bisher keine Genehmigung. Über den Stand der Lärmschutzmaßnahmen, die am allerwichtigsten für Potse wären, wurde nicht berichtet. Mit massiven Verzögerungen ist auch hier zu rechnen. Die Raumnutzung im Rockhaus Lichtenberg (Ausweichstandort für Konzerte von Drugstore) zieht sich ebenfalls wegen unterschiedlicher Nutzerinteressen vor Ort hin. DIE LINKE ist sehr verärgert über das ewige Hinhalten der Jugendlichen, das nicht gerade ihr Vertrauen in die Behörde erweckt.

Bezirk ist künftiger Träger der Seniorenfreizeiteinrichtung Huzur

Die Einrichtung Huzur wird noch bis zum 30.04. dieses Jahres vom Träger Esperanto, aufsuchende Hilfen e.V., mit Fremdmitteln und Zuwendungen des Bezirksamts betrieben. Danach übernimmt der Bezirk das Haus in der Bülowstraße in eigener Regie, da für den Träger dann keine Mittel mehr von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie zur Verfügung stehen würden. Stadtrat Steuckardt (CDU) erläuterte diesen künftigen Sachverhalt und fügte hinzu, dass für die Bezirks-Einrichtung eine Leitungsstelle ab 01.05. vorgesehen ist. Außerdem hätten seniorenbezogene Angebote bisher „Budgetgewinne“ gebracht. Für DIE LINKE bleibt es abzuwarten, in welchem Umfang auch die bisherigen kieznahen Angebote damit weiter finanziert werden. Ein Konzept soll dazu erstellt werden.
In der Zusatzfrage bzgl. des vor Monaten beklagten Vandalismus in der Einrichtung, antwortete Steuckardt, dass eine spürbare Verbesserung der Situation in dem Gebäude, aufgrund der in der Nähe sich befindenden Kältehilfeeinrichtung eingetreten sei. Der vorübergehende Sicherheitsdienst, finanziert vom Hauseigentümer (Gewobag), wird ab April für seine bisherigen Aufgaben, unberechtigten, hausfremden Personen entgegenzuwirken, nicht mehr eingesetzt.

Elisabeth Wissel

Helfen statt reden - DIE LINKE. im Rathaus ist für Sie da!

Katharina Marg

katharina.marg[at]
linksfraktion-ts.de

Harald Gindra

harald.gindra[at]
linksfraktion-ts.de

Dr. Christine Scherzinger
christine.scherzinger [at]linksfraktion-ts.de

Martin Rutsch
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
martin.rutsch[at]
linksfraktion-ts.de

Elisabeth Wissel
Fraktionsvorsitzende
elisabeth.wissel[at]
linksfraktion-ts.de
Tel: 0170 92 69 905

BVV am 16. März 2022

Kein Neubau für das Kombibad Mariendorf

In einer Mündlichen Anfrage von DIE LINKE sollte das Bezirksamt zu der aus den Medien bekannten Erklärung der Berliner Bäderbetriebe, wonach die Neubaupläne für das Kombibad in Mariendorf nicht weiterverfolgt werden, Stellung beziehen. Der zuständige Stadtrat Dollase (parteilos) ist über diese Entscheidung, die er auch nur aus der Presse erfahren habe, verwundert, denn so wie Pankow, sei der Ortsteil Tempelhof ebenso ein großes Einzugsgebiet. Er erwarte, dass die Senatsverwaltung, trotz der Absage, das „Schulschwimmen für alle Grundschülerinnen -und schüler im Bereich Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade sichergestellt“ werde. Zumindest müsste jetzt die Sanierung angegangen werden, um auch zukünftig Nutzungsangebote, auf die auch Vereine angewiesen sind, gewährleistet werden können. Kein Neubau würde auch bedeuten, keine Gedenktafel für Helene Lewissohn (für ihre Verdienste um das ehem. Seebad Mariendorf), für deren Beschluss sich DIE LINKE mit einem Antrag eingesetzt hatte.

Einrichtung eines Energieschuldenfonds

Dieser o.g. Antrag (Drs.110) von DIE LINKE stand auf der Prioritätenliste und damit auf der Tagesordnung für die BVV. Uns war es wichtig, dass schnellstmöglich für Entlastung für Verbraucher:innen, für die, die sie brauchen gesorgt wird. Mit einem Energieschuldenfonds besteht die Möglichkeit Antragsteller:innen einen Zuschuss und/oder ein zinsloses Darlehen zu gewähren, um eine drohende Energiesperre abzuwenden. Dem Bezirk sollte die Möglichkeit gegeben werden über den Senat diesen einzurichten. Dies wird auch von den Schuldnerberatungsstellen schon lange gefordert. Denn ist die Stromsperre erst einmal da, zieht dies auch immense Folgekosten nach sich, wie das Schließen und Wiedereröffnen des Zählers. Und der Vertrag zwischen dem Energieversorger und dem Kunden besteht trotz Sperre weiterhin, d.h. dass auch weiter Gebühren anfallen. Besonders hart wird es die Menschen im Grundsicherungsbezug und prekär Beschäftigte betreffen. Der Antrag wurde nach seiner Erläuterung durch DIE LINKE in den Sozialausschuss überwiesen.

Fortsetzung auf Seite 4

Büro und Erreichbarkeit
im **Rathaus Schöneberg**:
John-F.-Kennedy-Platz 1,
10825 Berlin
Raum 2115

Tel:
030 /90 27 74 898
(Neu:
030 26 59 34 86)

E-Mail: *kontakt[at] linksfraktion-ts.de*

Sprechstunde:
Mittwochs
15 - 17 Uhr

BVV am 13. März 2022 *Fortsetzung von Seite 3*

Ob er bei der Abstimmung eine Mehrheit bekommt entscheiden die anderen Fraktionen, die jedoch bisher wenig Empathie für soziale Verbesserungen für ärmere Menschen aufbrachten.

Entscheid für die Obdachlosen-Sommerhilfe steht noch aus

Für die Kältehilfe konnte für den Winter 2022/23 ein ehemaliges Dienstgebäude des Bezirksamts in der Kurmärkischen Straße mit 30 Plätzen zur Verfügung gestellt werden. Dies möchte der Bezirk auch weiterhin nutzen, bis das Gebäude durch einen Neubau ersetzt wird. Das ist zunächst einmal eine positive Nachricht von Bezirksstadtrat Steuckardt (CDU), zu der Mündlichen Anfrage von DIE LINKE, in der es jedoch aktuell um die weitere Versorgung von Obdachlosen im Sommer geht. Die Einrichtung wäre nach seiner Aussage ideal geeignet. Ein Grobkonzept und eine Kostenschätzung seien auf den Weg gebracht, wobei vom aktuellen Betreiber der Kältehilfeeinrichtung, die dafür nötige Kosten-Einschätzung noch erwartet werde. Eine Rückmeldung liege leider noch nicht vor, aufgrund der vielen Geflüchteten, die derzeit Berlin erreichen und die Versorgung mit Hochdruck bearbeitet werden muss. Durch die Obdachlosen-Sommerhilfe würde rund um die Senioren-Einrichtung in der Bülowstraße 94, nahe der Kurmärkischen Straße, die wegen Vandalismus den Bezirk zu Hilfe gerufen hatte, auch eine Entspannung eintreten. Der vorübergehende Sicherheitsdienst für die Bülowstraße 94, finanziert vom Hauseigentümer (Gewobag), wird ab April für seine bisherigen Aufgaben, unberechtigten, hausfremden Personen entgegenzuwirken, nicht mehr eingesetzt. DIE LINKE findet, dass der Wachschutz vor Ort tätig sein sollte, bis der endgültige Entscheid vom Senat zur Sommerhilfe kommt.

Elisabeth Wissel

„Wir brauchen mehr Regulierung und staatliche Verantwortung in der Energieversorgung statt Verzichtsappelle und Durchhalteparolen.“

Rede unseres Abgeordneten Alexander King auf dem Landesparteitag der LINKEN Berlin am 2. April 2022

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir schauen mit Sorge auf das Chaos, das sich auf den Energiemärkten seit Monaten abspielt – zulasten der Verbraucher. Mit dem Krieg in der Ukraine hatten diese Entwicklungen zunächst nur bedingt zu tun, aber sehr viel mit Spekulation und mit der neoliberalen Ordnung bzw. Unordnung der Energiemärkte, die uns in den letzten Jahrzehnten zunehmend verwundbar gemacht hat, auch gegenüber Konzernen wie Gazprom. Diese neoliberale Unordnung müssen wir umgestalten. Wir brauchen mehr Regulierung und staatliche Verantwortung in der Energieversorgung.
Die Preistreiberei auf den internationalen Märkten, die jetzt nach und nach auf die Verbraucherpreise in Berlin durchschlägt, die Massenflucht unseriöser Billiganbieter, die in Berlin zehntausende Haushalte den Grundversorgern vor die Tür gekippt haben, mit teilweise verheerenden Konsequenzen für die Betroffenen – das alles sind doch Auswüchse der neoliberalen Energiepolitik. Und teilweise schlicht kriminelle Machenschaften.
Jetzt haben wir also zusätzlich den Krieg, die Warnstufe, die Rubel-Diskussion, einen drohenden Lieferstopp aus Russland, die Preisexplosion an den Tankstellen.

In dieser Situation machen sich die Menschen zu Recht große Sorgen und die Politik muss den Menschen Schutz anbieten. Was keiner braucht, sind Verzichtsappelle und Durchhalteparolen à la Frieren für die Freiheit, wie wir sie in der letzten Zeit ständig von Leuten hören, die selber noch nie auf etwas verzichten mussten und die ganz sicher nicht von Energiearmut bedroht sein werden, egal wie hoch die Preise noch klettern.

Fortsetzung auf Seite 5

„Wir brauchen mehr Regulierung und staatliche Verantwortung in der Energieversorgung statt Verzichtsappelle und Durchhalteparolen.“

Bild: Ben Gross

Fortsetzung von Seite 4

Oft wird das verbunden mit der Forderung nach einem Energieboykott gegen Russland. Diese Debatte heizt die Spekulation an den Märkten nur weiter an. Sachlich ist sie voll daneben, denn es gibt keinen Zusammenhang zwischen einem solchen Boykott und der Fähigkeit Russlands, seinen Krieg fortzusetzen. Wer aber freiwillig eine Wirtschaftskrise in Deutschland herbeiführen möchte, der soll dann z. B. den Gewerkschaften auch erklären, wie er auf Firmenpleiten, Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut reagieren wird.
Wir brauchen jetzt konkrete Maßnahmen gegen Energiearmut:

1) In Berlin gab es im letzten Jahr über 12 Tausend Stromsperren. Kaum vorstellbar, was das für die Betroffenen bedeutet. Das verstößt gegen die Menschenwürde. Das geht gar nicht in einem reichen Land wie Deutschland. Und deshalb bin ich froh, dass wir im Koalitionsvertrag verabredet haben, dass sich Berlin auf Bundesebene für ein Verbot von Stromsperren einsetzen wird.
Ergänzend dazu finde ich die Idee gut, in Berlin einen Energieschuldenfonds einzurichten, wie von der LAG Hartz IV gefordert. Sollte der Parteitag das nachher beschließen, werde ich mich sehr gerne dafür einsetzen.

2) Wir werden die Rekommunalisierung der Gas- und Fernwärmeversorgung vorantreiben.
DIE LINKE ist hier eine treibende Kraft in der Koalition. Wir bringen das auf den Weg.

3) Auf Bundesebene muss sich das Land Berlin für weitere Entlastungen, etwa bei der Mehrwertsteuer oder der CO2-Bepreisung von Heizöl und Heizungsgas, einsetzen.

4) Die Energiepreise werden absehbar nicht wieder sinken, wir brauchen deshalb einen Energiepreisdeckel, wie ebenfalls von der LAG Hartz IV vorgeschlagen, mit einem staatlich garantierten, notfalls subventionierten Höchstpreis für ein Grundkontingent. Solche Modelle werden von Ökonomen vorgeschlagen und in Nachbarländern auch schon angewandt. Dass ausgerechnet die Bundesregierung solche Vorschläge auf EU-Ebene blockiert, geht gar nicht.

5) Wir brauchen eine Grundgesetzänderung. Aber nicht, um eine Aufrüstungsverpflichtung im Grundgesetz zu verankern, wie das jetzt völlig absurderweise geplant ist, sondern für ein Grundrecht auf bezahlbare Energieversorgung für alle Menschen. Und das 100 Milliarden Sondervermögen brauchen wir nicht für Tarnkappenjets und atomwaffenfähige Tornados, sondern für die Energiewende und den Schutz der Verbraucher.

Alexander King

„Großsiedlung am Stadtrand ohne Lobby vernachlässigt?“

So der Titel einer Großen Anfrage, welche die Fraktion DIE LINKE in die Februar-BVV einbrachte. Die Schriftliche Antwort Drs. 0067 unter: https://www.linksfraktion-tempelhof-schoeneberg.de/nc/initiativen/.
Es ging der Fraktion darum, den Blick auf die Entwicklung der Großwohnsiedlung an der Waldsassener Straße und dem Tirschenreuther Ring zu richten, die selten Thema ist. Die Antwort des Bezirksamts und die Beiträge anderer Fraktionen waren enttäuschend.
Leider hat sich die Frage in der Überschrift bestätigt. Bezirksamt und die GRÜNE-SPD-Zählgemeinschaft negierten Probleme bzw. verweigerten es eigene Vorschläge zu machen. Wir hoffen dennoch, dass bei den aufgeworfenen Fragen zu denen auch Stellungnahmen von degewo, W40 (Quartiersentwicklung) und Berliner Sparkasse eingeholt wurden, jetzt etwas in Bewegung kommt.
Nach 50 Jahren - ohne Sanierung des Nahversorgungszentrums Waldsassener Straße - steht ein Neustart an, der mit vielen kleineren und größeren Maßnahmen die Attraktivität erhöht.
Dazu gehören für DIE LINKE. die Aufenthaltsqualität zu erhöhen, ein äußeres und inneres Erscheinungsbild des Einkaufszentrums, das für Ladenbetreiber und Kunden anziehend wirkt. Mit rund 800 Unterschriften fordern Anwohner:innen: Wieder Ansiedlung einer Gebietsgaststätte! Weiter nötig sind eine Verbesserung der Barrierefreiheit (Praxen in 1. Etage ohne Aufzug), Verbesserung des fußläufigen Zugangs (Bänke als Ruhepunkte) an Gehwegen bzw. im Grünbereich der degewo-Häuser und ein Neustart des Wochenmarktes unter besseren Umgebungsbedingungen. Und die vielen älteren Leute in dem Gebiet erwarten auch nach neun Monaten, dass die Berliner Sparkasse wieder eine funktionsfähige Selbstbedienungszweigstelle öffnet.
DIE LINKE bleibt weiter dran, weil der weitverbreitenden Stimmung im Quartier, „es geht alles bergab“, etwas entgegengesetzt werden muss. Das gelingt nur, wenn der Bezirk und degewo die Anwohner:innen umfassend bei Wohnumfeldverbesserungen einbeziehen.

Harald Gindra

Berliner Ostermarsch - Die Waffen nieder!

Politische Lösungen sind das Gebot der Stunde!
Der Krieg in der Ukraine muss beendet werden! Dazu braucht es den Willen Russlands und der Ukraine, Verhandlungen mit Kompromissbereitschaft von beiden Seiten aus zu führen, die vernünftigerweise eine neutrale Ukraine zur Folge haben müssten. Jeder weitere Tag, an dem die Waffen sprechen und die Gewalt und der Hass sich weiter ausbreiten, fordert nur mehr Tote, mehr Flüchtende und unendliches Leid.

•Warum unternehmen die Regierungen der westlichen Länder, deren Sprachrohre uns täglich mit unüberprüfbaren Kriegsbildern befeuern, nicht alles in ihrer Macht stehende, diesen Horror zu beenden? Sie müssten sich doch nur mit Vernunft und Diplomatie einbringen statt mit Waffenlieferungen, Sanktionen und Aufheizen der Emotionen. Sie müssten mit der weiteren NATO-Osterweiterung aufhören und keine provozierenden NATO-Manöver an der russischen Grenze abhalten.

Alles an diplomatischen und politischen Anstrengungen zur Deeskalation zu unternehmen ist oberste Pflicht der deutschen Regierung!
Doch unsere Regierung macht das Gegenteil. Sie wird Kriegspartei, durch Waffenlieferungen, durch grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, ohne zu bedenken, dass im Falle einer Ausweitung des Krieges unser Land das Schlachtfeld sein wird.

Für eine neue Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok!
Die Bundesregierung nutzt die Gelegenheit, nein, sie missbraucht die Empörung, die Verzweiflung, das Mitgefühl der Menschen in unserem Land für Menschen, die in diesem Krieg leiden, um den schon länger in der Schublade liegenden Plan einer gigantischen Aufrüstung im Parlament durchzudrücken, ohne Diskussion: Sie beschließt unter dem Beifall des Großteils der Opposition ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro einzurichten, das sogar im Grundgesetz verankert werden soll, sodass auch nachfolgende Regierungen sich daran gebunden fühlen müssen.

Sie klopft auch die Anschaffung von bewaffneten Drohnen fest. Und mindestens 2% des BIP soll für das Militär jährlich ausgegeben werden!

Hat die ständige Aufrüstung der Bundeswehr der letzten Jahre den Krieg in der Ukraine etwa verhindert?
Nein. Auch eine weitere Aufrüstung ist nicht geeignet, einen Krieg zu beenden, im Gegenteil.

Wir verlangen eine 180°-Wendung der deutschen Politik!
Wir verlangen eine Politik des Friedens! Das bedeutet:
• Rücknahme der Entscheidung, 100 Milliarden zusätzlich für die Bundeswehr auszugeben!

• Keine Zusage für jährliche Militärausgaben von ca. 80 Milliarden Euro (mindestens 2 % des BIP)!

Rücknahme der Zustimmung zur Anschaffung von bewaffneten Drohnen!

• Ende der „Nuklearen Teilhabe“ der NATO! Keine Atomwaffen in Büchel! Keine Atombomber für die Bundeswehr! Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen!

• Kündigung der Truppenstationierungsverträge!
Schließen der US-Kommandozentralen!

• Keine Duldung, US-Hyperschallwaffen in Deutschland zu stationieren oder ihren Einsatz von hier auszu befehligen!

• Rückgängigmachen der EU-Militarisierung! Kein FCAS und keine Atommacht EU!

Alle Energien in eine Politik des Ausgleichs und Miteinanders!
Alles Geld in soziale, ökologische, kulturelle und völkerverbindende Projekte!
Schluss mit menschenverachtender Kriegspolitik!
Sa. 16. April 2022, 12 Uhr, Oranienplatz.

Friedenskoordination Berlin

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68, 10827 Berlin
Öffnungszeiten i.d.R.:
Mo. und Fr. 12-15 Uhr
Di. und Do.: 12-18 Uhr
Tel. : +49 30 21 997 140
Fax: +49 21 729 26
E-Mail: bezirk[at]dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite: www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine
finden derzeit voraussichtlich online statt**.** Nur mit Anmeldung.

Wegen Covid-19 sind Änderungen möglich.

Bezirksvorstand
13.04.2022 und
27.04.2022, online, 19 Uhr

Mitgliederversammlung
2. Juni, 19 Uhr, Rathaus Schöneberg
Basisorganisation Schöneberg
26.04.22, 19 Uhr
Basisorganisation Tempelhof
Do. 28.04.22, 19 Uhr

Sozialrechtsberatung
Claus Förster, RA und Marianne Lampel**,** Dipl. Sozpäd. i.d.R. am 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr in der Roten Insel
Nur mit Anmeldung und unter Einhaltung der Covid-19-Regeln.

Alexander King MdA

Sprecher für Medien, Energie und Entwicklungspolitik
Sprechstunde nach Vereinbarung

Bild: Ben Gross

STADTBÜRO Tempelhof:
Kaiserin-Augusta-Str. 75
12103 Berlin
Tel: (030) 66 86 42 45
Di., Mi., Do. : 10-16 Uhr

Sprechstunden:
Elisabeth Wissel, BVV:
Montag, 16-18 Uhr

Doris Hammer, Sozialberatung:
2. u. 4. Donnerstag 15-17 Uhr

Sprechstunden und Beratung nur mit Anmeldung und unter Einhaltung der Covid-19-Regeln.

KIEZBÜRO Marienfelde:
Hildburghauser Str. 29
12279 Berlin
Tel: (030) 40 74 89 79
Di. 10-16 Uhr und Do. 12-18 Uhr

Sprechstunden:
Marianne Lampel, Dipl. Sozpäd.
Sozialberatung: 1. Montag, 16-18 Uhr und 3. Montag, 14-16 Uhr

Mieterberatung, 1. Donnerstag im Monat, 16-18 Uhr

Harald Gindra, BVV:
1. und 3. Freitag 12-16 Uhr

Mieter-Aufruf: *Gentrifizierung* **- Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!**
DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welch-em Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht. Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken? Wir wollen das in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen. **Helfen Sie uns dabei!** Mieter-Notrufe: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98 | per E-Mail an: kontakt[at]linksfraktion-ts.de oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich; diese Ausgabe: Auflage: 500 Exemplare; V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Martin Rutsch; Layout: G. Irazoque; Druck: Druckerei Gottschalk; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors oder der Autorin wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. Planung für die nächste Ausgabe: 27.03.2022, Redaktionsschluss: 15.04.2022. Schlussredaktion der April-2022-Ausgabe 30.03.2022. Die April-2022-Ausgabe erscheint voraussichtlich online am 06.April 2022. In Druckversion am 08. April 2022.